

Glaubt man [dem SPIEGEL](#), hat die Invasion der Ukraine durch russische Truppen jedem Erdenbürger, vom Säugling im Kongo bis zum Greis in Japan, stolze 200 Dollar gekostet. Wäre diese Zahl korrekt, wäre sie in der Tat erstaunlich. Doch das ist sie nicht. Die ganze Story, bei der sich der SPIEGEL auf eine „noch nicht veröffentlichte Untersuchung des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW)“ bezieht, ist vielmehr von vorne bis hinten „Junk Science“ und die ideologische Deutung des SPIEGELS ist hochgradig manipulativ. Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/230222_Hat_Putins_Ueberfall_die_Weltwirtschaft_1600_Milliarden_Dollar_gekostet_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Zunächst stellt sich die Frage, wie die IW-Ökonomen eigentlich auf diese extrem hohe Zahl kommen. Der Artikel gibt die Antwort. Man hat die Herbstprognosen des Internationalen Währungsfonds für die „faktische (Wirtschafts-)Entwicklung“ des Jahres 2022 und die Prognose für 2023 genommen und sie mit der „ursprünglich erwarteten Entwicklung vom Jahresende 2021“ verglichen. Schauen wir uns diese Zahlen doch einmal an.

Die Prognosen vom „Jahresende 2021“ finden sich im [World Economic Outlook des Januars 2022](#) - also vor der Invasion - wieder. Damals ging der IWF von einem weltweiten Wachstum von 4,4% für 2022 und 3,8% für 2023 aus. In der [Herbstprognose 2022](#) wurden diese Zahlen auf 3,2% für 2022 und 2,7% für 2023 korrigiert. Doch warum hat man die Herbstprognose 2022 für eine „noch nicht veröffentlichte“ und damit wohl aktuelle Untersuchung herangezogen? Immerhin liegt doch bereits die [Frühjahrsprognose 2023](#) vor. Doch die korrigiert die zu niedrigen Prognosen aus dem Herbst und sieht für 2022 immerhin ein Wachstum von 3,4% und für 2023 2,9% vor. Hätte man also die aktuellen Zahlen genommen, wären die vermeintlichen „Kosten“ deutlich niedriger ausgefallen.

Interessant ist sicher auch ein Blick auf diese Zahlen, machen sie doch klar, wer die Verlierer und wer die Gewinner der im Folgenden diskutierten Entwicklungen sind. Neben Russland - hier sind die Gründe klar - gehören für das Jahr 2022 lt. IWF vor allem die USA und Deutschland zu den großen Verlierern. In der Projektion für das laufende Jahr gesellt sich Großbritannien zu Deutschland in den Verliererclub. Beide Staaten werden lt. IWF-Prognose schlechtere Wirtschaftsdaten erzielen als Russland. Der große Gewinner steht

auch fest: Saudi-Arabien. Wen wundert es?

Latest World Economic Outlook Growth Projections

(real GDP, annual percent change)

	ESTIMATE	PROJECTIONS	
	2021	2022	2023
World Output	5.9	4.4	3.8
Advanced Economies	5.0	3.9	2.6
United States	5.6	4.0	2.6
Euro Area	5.2	3.9	2.5
Germany	2.7	3.8	2.5
France	6.7	3.5	1.8
Italy	6.2	3.8	2.2
Spain	4.9	5.8	3.8
Japan	1.6	3.3	1.8
United Kingdom	7.2	4.7	2.3
Canada	4.7	4.1	2.8
Other Advanced Economies	4.7	3.6	2.9
Emerging Market and Developing Economies	6.5	4.8	4.7
Emerging and Developing Asia	7.2	5.9	5.8
China	8.1	4.8	5.2
India	9.0	9.0	7.1
ASEAN-5	3.1	5.6	6.0
Emerging and Developing Europe	6.5	3.5	2.9
Russia	4.5	2.8	2.1
Latin America and the Caribbean	6.8	2.4	2.6
Brazil	4.7	0.3	1.6
Mexico	5.3	2.8	2.7
Middle East and Central Asia	4.2	4.3	3.6
Saudi Arabia	2.9	4.8	2.8
Sub-Saharan Africa	4.0	3.7	4.0
Nigeria	3.0	2.7	2.7
South Africa	4.6	1.9	1.4
<i>Memorandum</i>			
Emerging Market and Middle-Income Economies	6.8	4.8	4.6
Low-Income Developing Countries	3.1	5.3	5.5

Latest World Economic Outlook Growth Projections

(real GDP, annual percent change)

	ESTIMATE	PROJECTIONS	
	2022	2023	2024
World Output	3.4	2.9	3.1
Advanced Economies	2.7	1.2	1.4
United States	2.0	1.4	1.0
Euro Area	3.5	0.7	1.6
Germany	1.9	0.1	1.4
France	2.6	0.7	1.6
Italy	3.9	0.6	0.9
Spain	5.2	1.1	2.4
Japan	1.4	1.8	0.9
United Kingdom	4.1	-0.6	0.9
Canada	3.5	1.5	1.5
Other Advanced Economies	2.8	2.0	2.4
Emerging Market and Developing Economies	3.9	4.0	4.2
Emerging and Developing Asia	4.3	5.3	5.2
China	3.0	5.2	4.5
India	6.8	6.1	6.8
Emerging and Developing Europe	0.7	1.5	2.6
Russia	-2.2	0.3	2.1
Latin America and the Caribbean	3.9	1.8	2.1
Brazil	3.1	1.2	1.5
Mexico	3.1	1.7	1.6
Middle East and Central Asia	5.3	3.2	3.7
Saudi Arabia	8.7	2.6	3.4
Sub-Saharan Africa	3.8	3.8	4.1
Nigeria	3.0	3.2	2.9
South Africa	2.6	1.2	1.3
<i>Memorandum</i>			
Emerging Market and Middle-Income Economies	3.8	4.0	4.1
Low-Income Developing Countries	4.9	4.9	5.6

Bilder: IWF

Abseits dieser Zahlen selbst stellt sich natürlich die Frage, welche Faktoren überhaupt für sie verantwortlich sind. Dazu äußert sich der Internationale Währungsfonds in allen hier genannten Gutachten. Als maßgeblichen Faktor für die schlechtere konjunkturelle Entwicklung nennt er die Zinspolitik der Notenbanken. Als zweiter Faktor werden die chinesischen Corona-Maßnahmen genannt, die vor allem das chinesische Wachstum in der ersten Hälfte 2022 deutlich schwächten. Und als dritter Faktor kommt schließlich die Inflation und hier vor allem die Preissteigerung für Energie ins Spiel. Nun könnte man die Zinspolitik und die Energiepreisentwicklung durchaus mit dem Ukraine-Krieg in einen Zusammenhang bringen. „Putins Überfall“ dafür monokausal verantwortlich zu machen, hat

mit Wissenschaft nichts zu tun, sondern ist Ideologie pur.

Hat Putin die Leitzinsen erhöht? Natürlich nicht. Die Notenbanken der westlichen Staaten haben vor allem deshalb an der Zinsschraube gedreht, weil sie ihren Pawlow'schen Reflexen folgend stets auf Preiserhöhungen mit Zinserhöhungen reagieren. Damit wollen sie die Inflation steuern. Eine Irrlehre des Monetarismus, wie ich es im Herbst auf den [NachDenkSeiten](#) ausführlich dargelegt habe. Mit den Leitzinserhöhungen haben die Notenbanker die Preissteigerungen um kein Jota beeinflusst, dafür aber die Konjunktur völlig ohne Not abgewürgt. Das ist auch der Grund, warum die USA im letzten Jahr zu den großen Verlierern gehörten. Warum hat der SPIEGEL nicht getitelt: „Powell und Lagardes Irrlehren kosten die Weltwirtschaft 1.600 Milliarden Dollar“? Wir kennen die Antwort.

Auch ein „Xis Corona-Wahnsinn kostet die Weltwirtschaft 1.600 Milliarden“ würden wir wohl im SPIEGEL, trotz dessen ausgeprägter Sinophobie, wohl eher nicht lesen. Dabei ist klar, dass die mittlerweile aufgegebenen drakonischen Corona-Maßnahmen nicht nur auf China, sondern auf die gesamte Weltwirtschaft einen negativen Einfluss hatten. Ebenso klar ist, dass es hier keinen wie auch immer gearteten Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg gibt.

Kommen wir also zum dritten Faktor, der wohl am ehesten mit dem Ukrainekrieg in Verbindung steht - den Teuerungsraten, insbesondere für Energie. Doch weder Öl noch Gas wurden teurer, weil russische Truppen in die Ukraine einmarschiert sind. Die Teuerungen waren vielmehr eine direkte Folge der Sanktionen. Angebot und Nachfrage gingen auseinander, die Transportwege verlängerten sich und insbesondere bei der europäischen Gasversorgung waren die Umstellung auf teure LNG-Importe und eine nur noch als wahnwitzig zu bezeichnende Einkaufspolitik der Staaten die eigentlichen Auslöser für die enormen Preissteigerungen. Und die hatten gleich zwei Folgen: Einerseits mussten die Bürger immer mehr Geld für Energie ausgeben, was die Binnenkonjunktur in eine Krise trieb. Und andererseits haben insbesondere energieintensive Betriebe mit deutlich steigenden Produktionskosten zu kämpfen, was negative Auswirkungen auf die Produktionsmengen hat. Beide Faktoren hatten einen signifikant negativen Einfluss auf die Konjunktur. Der SPIEGEL hätte also ebenso gut titeln können: „Von der Leyens und Habecks Sanktionen kosten die Weltwirtschaft 1.600 Milliarden“. Auch diese Überschrift suchen wir freilich vergebens.

Gut, dass der SPIEGEL seinen Putin hat. So kann er wenigstens von den - größtenteils hausgemachten - Fehlern des Westens ablenken und da Putin ja ohnehin der Platzhalter für jede Bösewicht-Rolle ist, stellt auch niemand außer den NachDenkSeiten unbequeme Fragen.

p.s.: Dass der SPIEGEL den Artikel ausgerechnet mit einem Bild der zerstörten Nord-Stream-Pipeline illustriert, zeigt, dass man entweder gar nichts verstanden hat oder einen subtilen schwarzen Humor besitzt.

Titelbild: Screenshot SPIEGEL.de 